Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 25 (1933)

Heft: 4

Artikel: Lohnabbau bedeutet nicht Ueberwindung sondern Verschärfung der Krise

Autor: Schevenels, W.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352624

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

wenn die schlechten Erfahrungen, die man in Deutschland nicht nur vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus, sondern vom Standpunkt der gesamten Wirtschaft mit der Parole der unentwegten Lohnsenkung gemacht hat, dazu beitragen würden, den Kampf der Arbeiter anderer Länder gegen die Nachahmung dieser verfehlten Lohndruckpolitik zu unterstützen.

Lohnabbau bedeutet nicht Ueberwindung, sondern Verschärfung der Krise.

Von W. Schevenels,
Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Indem sich der Kapitalismus den Anschein gibt, die wahren Ursachen der Krise zu übersehen, verschärft er sie durch seine Angriffe auf die Löhne. Im Kampf gegen das von ihm selber erzeugte Chaos geht er lediglich darauf aus, auf Kosten der Interessen der Allgemeinheit die Profite einer Handvoll von Kapitalisten sicherzustellen. Da er nicht imstande ist, über den allernächsten Horizont hinauszusehen, setzt der Kapitalismus mutwillig die Zukunft der ganzen Menschheit aufs Spiel, indem er die Arbeiterschaft, die die während allzu langer Zeit gespielte Rolle der wehrlosen und ausgebeuteten Arbeitsherde ablehnt, mit blinder sozialer und politischer Reaktion bekämpft. Die organisierte Arbeiterklasse hat das unabdingbare Recht zur Verteidigung, um so mehr, als sie mit diesem Akt der ligitimen Verteidigung gegenüber der Allgemeinheit eine soziale Pflicht erfüllt, die mit den Interessen ihrer Klasse zusammenfällt. Vom ersten Tage der Krise an hat der Internationale Gewerkschaftsbund einen energischen Kampf gegen die kapitalistische Reaktion geführt, indem er die Arbeiter aller Länder zur Verteidigung der Löhne aufforderte. Der Internationale Gewerkschaftsbund legte die Zusammenhänge dar zwischen der Lohnhöhe und der Lebenshaltung, der Lebenshaltung und der Kaufkraft, der Kaufkraft und dem Konsum, dem Konsum und der Produktion; er zeigte damit, dass das wirtschaftliche Gleichgewicht aufs engste mit der Gestaltung der Löhne verbunden ist.

Die Regierungen, die in der Lohnherabsetzungskampagne vorangehen, um auf diese Weise direkt oder indirekt die Taktik der Unternehmer zu unterstützen, verfolgen damit eine verderbliche, die Interessen der Nation — die sie zu verteidigen haben! — schädigende Politik. Es steht schon jetzt ausser allem Zweifel, dass, wenn die Welt die im Jahre 1930 vom Internationalen Gewerkschaftskongress in Stockholm angenommenen Richtlinien befolgt hätte, die sich steigernden wirtschaftlichen Gefahren der letzten Zeit hätten vermieden werden können. Die Verblendung

und die Habsucht jener, die heute noch die Herren der Welt sind, sowie die Verachtung und der Hass gegenüber der organisierten Arbeiterklasse triumphierten jedoch über Vorsicht und Vernunft. Dieser gehässige Widerstand entmutigte den Internationalen Gewerkschaftsbund nicht, der in Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale seine Wirksamkeit fortsetzte und die Kräfte der Arbeiterschaft aller Länder zugunsten der dringlichsten Forderungen mobilisierte, deren Erfüllung eine praktische Bekämpfung des steigenden Elends bedeuten würde. In seinen sogenannten Zürcher Beschlüssen verlangte der Internationale Gewerkschaftsbund die Aufrechterhaltung der Kaufkraft der Massen, die rationelle und gerechte Organisation der Arbeitslosenhilfe, die Verteilung der vorhandenen Arbeit, die Beseitigung der wirtschaftlichen und politischen Ursachen der Krise. Die Hebung der Kaufkraft der Massen ist eine der Grundbedingungen der wirtschaftlichen Erholung, da die Belebung des inneren und äusseren Marktes davon abhängt. Trotz dieser unumstösslichen Wahrheit beugen sich die Regierungen vor der starren Opposition der Unternehmer gegen alle in diese Richtung gehenden Losungen. Sie machen sich dabei einer sträflichen Untätigkeit schuldig! Die Kapitalisten rufen — wie man dies zur Zeit auch in der Schweiz erlebt — sogar die Regierung zu Hilfe, um die gewerkschaftliche Kraft in den öffentlichen Diensten und Betrieben zu brechen und um damit ihrer verderblichen Politik der Lohnherabsetzung in der Privatindustrie zum Durchbruch zu verhelfen. Die Taktik ist leicht zu durchschauen: die Gewerkschaften sollen zuerst in den öffentlichen Unternehmungen und der öffentlichen Verwaltung geschwächt werden, um dann die Offensive auf das Gebiet der Privatwirtschaft übertragen zu können.

Diese Politik ist ebenso schädlich wie falsch. Das Unternehmertum schliesst die Augen vor der Wirklichkeit und, indem es die eigenen Verantwortlichkeiten von sich schiebt, versucht es, die Krise einfach auf die Höhe des Lohnniveaus zurückzuführen. Seine eigenen Sachverständigen geben jedoch zu, dass der Anteil des Lohnes an den Gestehungskosten stark zurückgegangen ist und in erster Linie das Missverhältnis zwischen dem stark herabgesetzten Arbeitsertrag und dem unverhältnismässig gesteigerten Kapitalertrag für die Krise verantwortlich ist. Dessenungeachtet wird der Nachdruck auf die Lohnherabsetzungen gelegt und ausser acht gelassen, dass der daraus entstehende Rückgang der Kaufkraft der Massen unabweislich die Zahl der Arbeitslosen erhöht. Es wird darüber hinweggesehen, dass der Unterhalt der Millionen der durch die Schuld des Kapitalismus zur Arbeitslosigkeit verurteilten Arbeiter in katastrophaler Weise die Budgets der verschiedenen Länder belastet. Die Summe des durch Arbeitslosigkeit verursachten Lohnverlustes bzw. des Ausfalles an Kaufkraft wird auf mehr als 100 Milliarden Schweizer Franken geschätzt. Soll sich die Lage noch verschlimmern und das Elend verall-

gemeinern? Will sich auch die Regierung in der Schweiz von der Panik des Kapitalismus anstecken lassen?

Wirft man einen kurzen Blick in die Runde, so sieht man, dass sich der Kapitalismus in allen Ländern gleich sinnwidrig und unmenschlich verhält. In Grossbritannien wie in Frankreich, in Deutschland wie in den Niederlanden, in Skandinavien, Australien und Amerika spielt sich unter gleichen Umständen und unter den gleichen Unzulänglichkeiten der gleiche Kampf ab. Ueberall stehen die Völker vor dem Abgrund, in den sie der Kapitalismus führt. Ueberall das gleiche Bild: neben einer gewaltigen Armee von Arbeitslosen, deren einziger Gedanke die Rückkehr in den Produktionsprozess als nützliche Glieder der Allgemeinheit ist, steht die Masse jener, die im Augenblick noch Arbeit haben, jedoch um ihre bescheidene Existenz zittern müssen!

Hier ist nicht der Platz, um das ganze Problem der höchsten Aufgabe der Arbeiterschaft, der Umgestaltung der ganzen Gesellschaftsordnung, aufzurollen. Im Rahmen dieses Kampfes handelt es sich im Augenblick vor allem darum, das Nächstliegende zu tun: die Arbeiterschaft und mit ihr die ganze menschliche Gesellschaft muss vor der heraufziehenden Katastrophe bewahrt werden. Die Verteidigungsaktion, die im Augenblick vor allem ein Kampf für die Aufrechterhaltung des Lohnes und des Lebensstandards der grossen Massen ist, ist keineswegs aussichtslos. Der Kampf vollzieht sich in den Kreisen der öffentlichen Angestellten und Beamten nicht mit weniger Energie und Schärfe als in den Privatunternehmungen. Man hat gesehen, dass die Regierung in Frankreich die scharfen Proteste der Beamten gegen Lohnherabsetzungen nicht unbeachtet lassen konnte, dass in Holland unter ähnlichen Umständen ein harter Kampf geführt wird, dass sich die Arbeiter in Skandinavien mit Erfolg gegen die Anmassungen des Unternehmertums wehren.

In dem Kampf, der sich in der Schweiz vollzieht, verfügen die Kollegen der öffentlichen Dienste über ein Mittel, das vielleicht nur ihnen zukommt: die Volksbefragung. Dieses Mittel kann in den Händen der schweizerischen Arbeiterschaft eine wirksame Waffe sein. Sie kann es möglich machen, dass die Einsicht des Volkes die schlechtberatene Mehrheit des Parlaments eines besseren belehrt. Der Erfolg der Aktion hängt vor allem davon ab, dass der Allgemeinheit mit aller Deutlichkeit gezeigt wird, wie sich das Problem stellt: Soll die grosse Masse im Elend oder unter angemessenen Bedingungen leben, soll das Land dem Ruin entgegengehen oder soll alles gemacht werden, um seine Wohlfahrt aufrechtzuerhalten? Das Resultat dieser Aktion könnte leicht zu einem Beispiel werden, das über die Grenzen des Landes hinaus symptomatisch wird; denn jedes nationale Ereignis — besonders ein derartiges — zeitigt internationale Rückwirkungen. Ein entscheidender Sieg würde in hohem Masse dem grossen Kampf zugute kommen, der in allen Ländern geführt wird zwi-

schen der Arbeiterklasse, die sich für den Fortschritt und die Menschheit einsetzt, und den Kräften der Reaktion, die nur an ihr eigenes Wohlergehen denken und damit die Welt in ihrer Verblendung dem Zusammenbruch entgegentreiben!

Fünf Jahre Genossenschaftliche Zentralbank.

Von Max Weber.

Ein Jahrfünft gibt noch keine Berechtigung, Jubiläen zu feiern. Und doch ist die Entwicklung der Genossenschaftlichen Zentralbank in den fünf Jahren seit ihrer Eröffnung so bemerkenswert und auch so wichtig für die ganze Genossenschaftsbewegung der Schweiz, dass ein Rückblick durchaus am Platze ist.

Am 30. Oktober 1927 fand im Freidorf bei Basel die konstituierende Generalversammlung der Bank statt, in Anwesenheit von 132 Vertretern von Genossenschaften und Gewerkschaften. Bei der Gründung waren 3566 Anteilscheine gezeichnet, also ein Grundkapital von 3,566,000 Franken. Am 1. Januar 1928 eröffnete die Bank zunächst unter der Firma « Bank der Genossenschaften und Gewerkschaften » ihre Schalter an der Aeschenvorstadt 67 in Basel, im neuerstellten Gebäude der « Coop Haus »-Genossenschaft, an der die Zentralbank, neben dem Verband schweizerischer Konsumvereine, beteiligt ist.

Durch die Uebernahme der Bankabteilung des V. S. K. war von Anfang an ein Grundstock von Kapital und Geschäften vorhanden. Es gelang aber sehr rasch, die Tätigkeit auszudehnen, indem anhaltend neues Kapital zufloss. In den ersten beiden Jahren war der Kapitalzugang besonders gross, da die Ueberleitung der Gelder der Gründerorganisationen, der Genossenschaften und Gewerkschaften, erfolgte. Das zweite Geschäftsjahr brachte ausserdem durch die Uebernahme der Depositenabteilung des Lebensmittelvereins Zürich einen Sonderzuwachs von 3,2 Millionen Depositen- und Obligationengeldern, der jedoch vom normalen Geldzufluss jenes Jahres weit übertroffen wurde. Auch in den folgenden Jahren betrug der Neuzugang regelmässig mindestens 10 Millionen Franken.

Während die ersten beiden Geschäftsjahre der Zentralbank in eine Zeit sehr guter Konjunktur fielen und auch das dritte Jahr (1930) für das Bankwesen noch günstig war, so folgten darauf zwei ausgesprochene Krisenjahre, die vor allem für die Banken zu einem Prüfstein wurden, besonders hinsichtlich ihrer Liquidität und Solidität. Doch das junge Institut hat die Probe vorzüglich bestanden. Ausser einer relativ geringen Schmälerung des Ertrags, hat ihm die Banken- und Kreditkrise nichts anhaben können. Auch der Zufluss an fremden Geldern wurde nicht unter-